



**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die 64. - öffentliche - Sitzung**  
**des Kultusausschusses**  
**am 3. Dezember 2021**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

- 1. Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022**  
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9885](#)  
*Mitberatung* ..... 3  
*Beschluss*..... 4
- 2. Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand bezüglich der Corona-Pandemie in Schulen und Kindertagesstätten**  
*Unterrichtung*..... 5
- 3. Eine Perspektive für Bildung und soziales Miteinander**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8862](#)  
*Fortsetzung der Beratung und Beschluss*..... 7
- 4. Für eine Generation der Chancen statt einer Generation Corona - Kindern und Jugendlichen nach Corona wieder Chancen ermöglichen**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/9215](#)  
*Fortsetzung der Beratung und Beschluss*..... 7
- 5. Kein Kind zurücklassen! Ein Bildungsschutzschirm für Kinder und Jugendliche**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8498](#)  
*Fortsetzung der Beratung und Beschluss*..... 7
- 6. Planung einer parlamentarischen Informationsreise des Kultusausschusses in 2022**..... 9

**Anwesend:**

## Ausschussmitglieder:

1. Abg. Lasse Weritz (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Kerstin Liebelt (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
3. Abg. Matthias Möhle (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Stefan Politze (SPD)
5. Abg. Philipp Raulfs (SPD)
6. Abg. Claudia Schüßler (SPD)
7. Abg. Bernd Wölbern (SPD)
8. Abg. André Bock (CDU)
9. Abg. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
10. Abg. Christian Fühner (CDU)
11. Abg. Tatjana Maier-Keil (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
12. Abg. Anette Meyer zu Strohen (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
13. Abg. Volker Bajus (i. V. d. Abg. Julia Willie Hamburg) (GRÜNE) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
14. Abg. Björn Försterling (FDP) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

## mit beratender Stimme:

15. Abg. Harm Rykena (fraktionslos) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

## Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin.

## Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrätin Brüggeshemke, Mitglied.

Dr. Wetz, juristische Referentin.

## Niederschrift:

Regierungsrätin Dr. Schütze, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 10.30 Uhr bis 12.02 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

## Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/9885](#)

*erste Beratung: 117. Plenarsitzung am 15.09.2021*

*federführend: AfHuF;*

*mitberatend: AfRuV, AfluS, KultA, AfWAVuD, AfELuV, AfSGuG*

*zuletzt beraten in der 63. Sitzung am 26.11.2021*

## Mitberatung

*Beratungsgrundlagen:*

*Vorlage 9 Ergänzung der Vorlage 8 und Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD zu dem Änderungsvorschlag der Fraktionen von SPD und CDU in Vorlage 7 zu dem neuen Artikel 8/1 (Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege) sowie Stand der Beratungen zu Artikel 10 (Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung)*

*Vorlage 10 2. Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU*

*Vorlage 11 3. Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU*

*Vorlage 12 Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens zum Änderungsvorschlag in Vorlage 7*

Der **Ausschuss** hatte in seiner 63. Sitzung am 26. November 2021 die Mitberatung begonnen und sich vorbehalten, den Beratungsgegenstand erneut aufzurufen, um die Behandlung eines angekündigten Änderungsvorschlages der Regierungsfractionen (Vorlage 10) in der Sitzung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 1. Dezember 2021 zu erörtern.

ParlR'in **Brüggeshemke** (GBD) informierte den Ausschuss über die Beratungen im federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Sie berichtete, dass der Ausschuss in seiner Sitzung am 1. Dezember 2021 eine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände durchgeführt habe, in der sich diese auch zum 2. Änderungsvorschlag der Regierungsfractionen (Vorlage 10) geäußert hätten. Ferner sei er übereingekommen, die abschließende Beratung des Gesetzentwurfes in seiner kommenden Sitzung am 8. Dezember 2021 durchzuführen.

Abschließend kam die Vertreterin des GBD auf den 2. Änderungsvorschlag der Regierungsfractionen (Vorlage 10) zu sprechen und legte dar, dass bei der **Nummer 3** - der Finanzhilfavorschrift - ein Problem hinsichtlich des rückwirkenden Inkrafttretens bestehe, das nach der Begründung in der Vorlage 10 erforderlich sei, um die pauschalierte Finanzhilfe im Falle einer rückwirkenden Zulassung durch das Landesjugendamt gewähren zu können. Rechtstechnisch könne dieses Ziel durch das rückwirkende Inkrafttreten der Nummer 3 des Änderungsvorschlags jedoch nicht erreicht werden, da der dort in Bezug genommene § 11 Abs. 7 (richtigerweise) nicht rückwirkend in Kraft trete, sondern nur die rückwirkende Zulassung durch das Landesjugendamt vorsehe; die Änderung würde daher ins Leere laufen.

Gegenwärtig, so Frau Brüggeshemke, befinde sich der GBD noch im Gespräch mit dem Fachministerium, um eine Formulierung zu finden, nach der sichergestellt sei, dass auch in den Fällen eine Finanzhilfe gewährt werden könne, in denen pädagogische Assistenzkräfte rückwirkend vom Landesjugendamt zugelassen würden. Das Ergebnis der Beratungen werde der GBD in der kommenden Woche im Haushaltsausschuss vorstellen.

Abg. **Stefan Politze** (SPD) begrüßte dieses Vorgehen und ging im Folgenden näher auf die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zum 2. Änderungsvorschlag der Regierungsfractionen ein. Er legte dar, dass der in § 11 Abs. 7 definierte Zeitrahmen - für die Einstellung von pädagogischen Assistenzkräften statt pädagogischen Fachkräften - bis zum 31. Juli 2023 nach Auffassung der kommunalen Spitzen zu knapp bemessen sei und diese sich eine Ausdehnung der Regelung bis mindestens zum 31. Juli 2025 gewünscht hätten. Der Abgeordnete kündigte an, dass Ende 2022 eine Evaluation stattfinden wer-

de, in der geprüft werde, ob gegebenenfalls Anfang 2023 im Rahmen einer Gesetzesänderung eine Verlängerung bis 2025 beschlossen werden müsse.

Abg. Politze fuhr fort, dass von den kommunalen Spitzenverbänden ferner angeregt worden sei, im Zusammenhang mit der in Rede stehenden Einstellung von pädagogischen Assistenzkräften auf ein ausdrückliches Antrags- und Genehmigungserfordernis zu verzichten. Das Kultusministerium, so der Abgeordnete, wolle zwar nicht vollkommen auf ein Antragsverfahren verzichten; es werde aber im Wege eines Erlasses sicherstellen, dass die entsprechenden Verfahren möglichst unbürokratisch erfolgen könnten.

Nachdem Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) einige Verständnisfragen zu einzelnen Formulierungen in § 11 Abs. 7 in der Fassung der Vorlage 10 gestellt hatte, die vonseiten des Fachministeriums beantwortet wurden, sagte er, die Fraktion der Grünen begrüße es ausdrücklich, dass die Große Koalition nun ihre Fehler im Zusammenhang mit der Novellierung des KiTaG im vergangenen Sommer korrigiere.

Abg. **Christian Fühner** (CDU) schloss sich den Ausführungen des Vertreters der SPD-Fraktion an und betonte, auch die CDU-Fraktion unterstütze die geplante Evaluation der Regelung in § 11 Abs. 7 sowie ein möglichst unbürokratisches und schlankes Antragsverfahren. Die Kritik von Abg. Bajus, dass im Zusammenhang mit der Novellierung des KiTaG „Fehler“ gemacht worden seien, weise er jedoch zurück.

Abg. **Björn Försterling** (FDP) erwiderte, im Zusammenhang mit der Novellierung des KiTaG müsse *durchaus* ein Fehler gemacht worden sein, wenn man bereits nach ein paar Monaten Gültigkeit eine abermalige Änderung über das Haushaltsbegleitgesetz durchführe. Bestenfalls, so der Abgeordnete, hätten die Regierungsfaktionen und die von ihr getragene Landesregierung die Situation der Träger zum Zeitpunkt des Erlasses des Kitagesetzes nicht im Blick gehabt. Auch wenn die jetzige Korrektur zu begrüßen sei, halte er es doch - wie er sagte - für irritierend, dass man trotz intensiver Debatten über das Kitagesetz genau diese Probleme, die in der Praxis ad hoc aufgetreten seien, nicht erkannt habe.

Abg. **Claudia Schüßler** (SPD) warf ein, in den Beratungen der Novellierung des KiTaG sei sehr intensiv um die Frage der Qualität in Kindertages-

stätten gerungen worden. Nach ihrer Erinnerung sei vonseiten der Oppositionsfaktionen in erster Linie der Vorwurf erhoben worden, dass der Qualitätsmaßstab nicht schnell genug erhöht werde. Da sich nun in der Praxis Probleme bei der Umsetzung in der vorgesehenen Geschwindigkeit abzeichneten, sei eine schnelle Hilfe und dementsprechend eine Gesetzesänderung erforderlich. Dieses zügige Handeln halte sie für ausgesprochen klug.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) sagte, Fehler könnten passieren, und es sei für ihn eher ein Zeichen von Größe, sie auch zugeben zu können. Der Abgeordnete erinnerte daran, dass die Gesetzesberatung im Zusammenhang mit der Novellierung des KiTaG im vergangenen Sommer unter großem Zeitdruck stattgefunden habe. Dies sei angesichts der Tragweite eines solchen Gesetzes an sich schon ein Fehler gewesen, der allerdings mit Sicherheit nicht in den Verantwortungsbereich der Opposition falle.

Über das Ziel einer hohen Betreuungsqualität bestehe wohl insgesamt kein Dissens, so Abg. Bajus. Hier gehe es lediglich darum, dass versäumt worden sei, adäquate, der Realität entsprechende Übergangsfristen zu schaffen. Bei einer diesbezüglichen Anpassung handele es sich um eine Korrektur, und eine Korrektur finde nun mal im Zusammenhang mit Fehlern statt.

## Beschluss

Der **Ausschuss** schloss die Mitberatung ab und kam überein, dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 2:

### **Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand bezüglich der Corona-Pandemie in Schulen und Kindertagesstätten**

#### **Unterrichtung**

RD **Dr. Behrens** (MK) und Herr **Castens** (MK) unterrichteten den Ausschuss über den aktuellen Stand bezüglich der Corona-Pandemie in niedersächsischen Schulen und Kindertagesstätten, wie er sich zum Zeitpunkt der Unterrichtung darstellte, und beantworteten Rückfragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

Eingegangen wurde insbesondere auf die aktuellen Infektionszahlen in Kitas und Schulen, Testungen in Kitas und Schulen sowie die Impfquoten bei Lehrkräften und Kita-Personal (vgl. dazu **Anlage** zu dieser Niederschrift).

\*

Der **Ausschuss** richtete die Bitte an das MK, ihm auch in den kommenden zwei Wochen die aktuellen Corona-Zahlen aus dem Schulbereich schriftlich zukommen zu lassen. Das MK sagte dies zu.

\*\*\*



Tagesordnungspunkt 3:

### **Eine Perspektive für Bildung und soziales Miteinander**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8862](#)

*erste Beratung: 104. Plenarsitzung am 26.03.2021*

*federführend: KultA;*

*mitberatend gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfSGuG*

*zuletzt beraten in der 54. Sitzung am 16.04.2021*

sowie

Tagesordnungspunkt 4:

### **Für eine Generation der Chancen statt einer Generation Corona - Kindern und Jugendlichen nach Corona wieder Chancen ermöglichen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/9215](#)

*erste Beratung: 109. Plenarsitzung am 11.05.2021*

*federführend: KultA;*

*mitberatend: AfSGuG;*

*mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF*

*zuletzt beraten in der 57. Sitzung am 28.05.2021*

sowie

Tagesordnungspunkt 5:

### **Kein Kind zurücklassen! Ein Bildungsschutzschirm für Kinder und Jugendliche**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8498](#)

*erste Beratung: 100. Plenarsitzung am 19.02.2021*

*federführend: KultA;*

*mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF*

*zuletzt beraten in der 54. Sitzung am 16.04.2021*

### **Fortsetzung der Beratung und Beschluss**

Der **Ausschuss** verständigte sich eingangs darauf, die vorliegenden drei Anträge gemeinsam zu beraten.

Er klärte Verfahrensfragen im Zusammenhang mit dem allseits bestehenden Wunsch, die drei bereits mehrere Monate alten Anträge, die sich mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche beschäftigen, aufgrund der Dynamik der pandemischen Lage im Dezember-Plenum zu beschließen.

Sodann fasste er folgende Beschlüsse:

#### *Zu Tagesordnungspunkt 3)*

Der **Ausschuss** kam überein, auf die zuvor im Kulturausschuss beschlossene Mitberatung durch den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu verzichten. Er empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung: SPD, CDU*

*Ablehnung: GRÜNE, FDP*

*Enthaltung: -*

#### *Zu Tagesordnungspunkt 4)*

Der **Ausschuss** empfahl dem Plenum des Landtages vorbehaltlich der Zustimmung durch den - mitberatenden - Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und den - mitberatenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung: SPD, CDU*

*Ablehnung: GRÜNE, FDP*

*Enthaltung: -*

#### *Zu Tagesordnungspunkt 5)*

Der **Ausschuss** empfahl dem Plenum des Landtages vorbehaltlich der Zustimmung durch den - mitberatenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung: SPD, CDU*

*Ablehnung: GRÜNE, FDP*

*Enthaltung: -*





Tagesordnungspunkt 6:

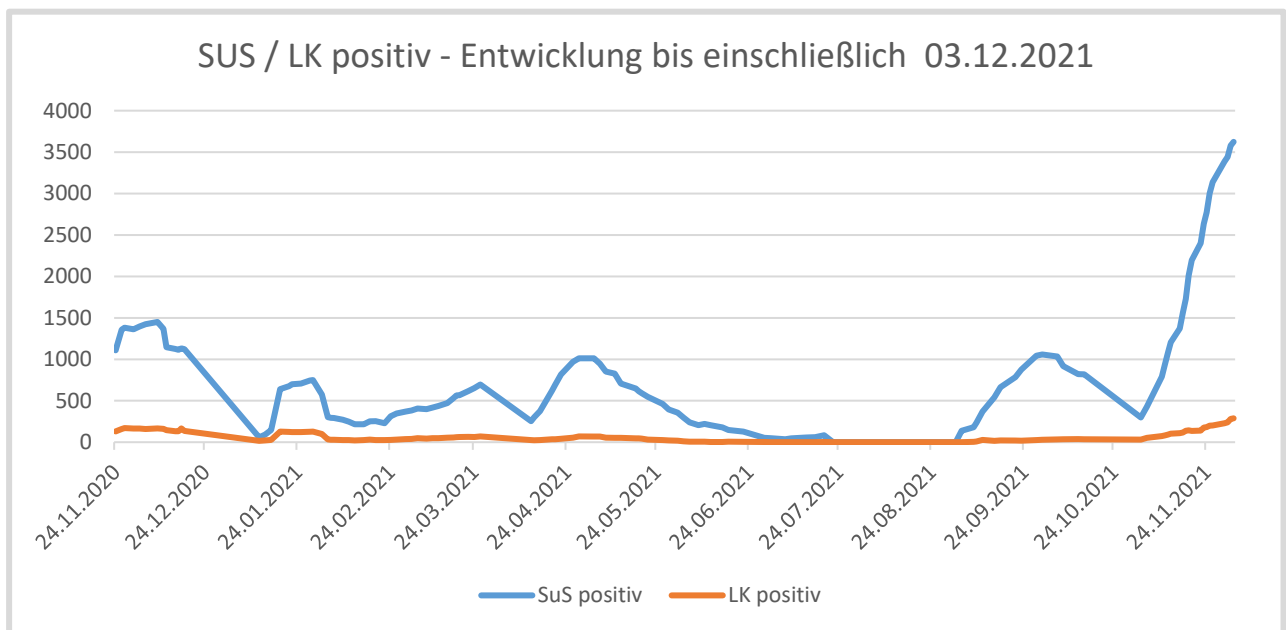
**Planung einer parlamentarischen Informationsreise des Kulturausschusses in 2022**

Der **Ausschuss** erörterte die Möglichkeit, im Frühjahr 2022 eine parlamentarische Informationsreise nach Schottland durchzuführen und kam überein, dieses Thema am Rande des kommenden Plenums weiter zu diskutieren.

\*\*\*

**Aktuelle Daten: Infektionen, Testungen, Testkits, Impfungen**

**Entwicklung erkrankte/positive Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte, Stand 03.12.2021**



**Schulen im Szenario C, Stand 03.12.2021**

	GS	FöS	HRS/HS/RS	IGS/KGS
Vollständig	3	0	0	0
einzelne Klassen, Jahrgänge	4	1	4	2

**Aktuell positiv getestete Personen, Stand 03.12.2021**

	SuS	Schulen	Klassen	Lehrkräfte	Sonstige
<b>03.12.2021</b>	<b>3.635</b> →	<b>918</b> →	<b>2.360</b> →	<b>288</b> →	<b>128</b> →
02.12.2021	3.581	928	2.333	283	127

## Nach Schulformen

03.12.2021	SuS	Schulen	Klassen	Lehrkräfte	Sonstige
GS	1870	470	1125,5	105	94
FöS	100	36	67	27	10
HS	40	17	28	5	4
RS	102	23	72	3	0
OBS, HRS, ...	453	162	292	43	11
Gy	361	79	270	25	2
IGS/KGS	309	51	199	30	5
FWS	11	3	5	2	0
BBS	400	77	306	50	4

## Testungen / Testkits / Befreiung von der Impfpflicht - Stand 01.12.2021

### Abfragen Testungen KW 47

Stand: 03.12.2021

KW 47

Daten KW von : 90,93% der Schulen      90,68% der Schulen      89,20% der Schulen

	KW 47		KW 46		KW 45	
Testkits	Insgesamt		Insgesamt		Insgesamt	
Noch vorhanden	6.132.357		6.764.522		7.588.820	
Bestellung	3.169.451		3.016.905		1.776.901	
Befreiung Testpflicht	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Schülerinnen u. Schüler	321.235	29%	304.331	27%	296.529	27%
Testungen gesamt	SuS	LK/Beschäftigte	SuS	LK/B.	SuS	LK/B.
Testungen ausgegeben	2.359.647	150.045	2.162.234	109.914	2.078.952	82.423
Testungen positiv	7.138	911	4.544	1.603	5.687	395
PCR bestätigt	4.044	391	2.906	313	2.108	172